

Unter Wartelistepatienten und Transplantierten ist es mittlerweile gängig, Misserfolge rund um die Organspende mit den Worten einzuleiten: „Wir hätten so gerne nicht recht gehabt ...“. Vor allem diejenigen, die ein neues Organ benötigen, sind desillusioniert von der Politik und auch von den Strukturen in den Krankenhäusern. Ihren Erfahrungen mit Verantwortlichen, die Besserungen versprechen, sie aber nicht umsetzen, kommt nun eine weitere hinzu: Am Dienstag tritt ein Gesetz in Kraft, das den seit vielen Jahren speziell in Deutschland herrschenden Organmangel beheben soll. Doch die Hälfte der Maßnahmen, die von den Befürwortern als Schlüssel dafür gepriesen wurden, sind erst einmal nicht verfügbar.

Am 16. Januar 2020 stand im Bundestag die Frage, wie zukünftig die Organspende organisiert werden solle, auf der Agenda. Der Fraktionszwang war aufgehoben, es gab die Wahl zwischen zwei Gesetzesentwürfen. Der eine sah eine programmatische Neuordnung vor: die Widerspruchslösung. Sie funktioniert – in vielen Ländern Europas – nach dem Prinzip: Jeder ist automatisch Organspender; wer es nicht sein will, muss einmal aktiv widersprechen. Er wurde unter anderem von dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn und dem jetzigen Gesundheitsminister Karl Lauterbach unterstützt.

Der andere Entwurf plädierte dafür, die bisherige Entscheidungslösung – wer Organspender sein möchte, muss das aktiv bejahen – nicht infrage zu stellen. Ein Argument der Befürworter lautete, es gebe Menschen – psychisch Kranke, Obdachlose, Ausländer ohne Sprachkenntnisse –, die nicht in der Lage seien, eine bewusste Entscheidung zu treffen. Sie müssten geschützt werden. Die Entscheidungslösung solle jedoch gestärkt werden. Unter anderem durch ein Onlineregister, in das Bürger ihren Willen eintragen, über die Thematisierung in Passämtern sowie eine regelmäßige Aufklärung durch den Hausarzt. Diesen Antrag vertrat vor allem Annalena Baerbock.

Das Abstimmungsergebnis war eindeutig: Die Entscheidungslösung wurde bestätigt, die Widerspruchslösung abgelehnt. Sehr einig waren sich dabei die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, die mit fast 90 Prozent gegen die Widerspruchslösung stimmten. Nur in den Reihen der AfD war die Zustimmung noch größer. Zum Vergleich: Bei CDU/CSU waren es nur knapp 38 Prozent, bei der SPD knapp 34. Ganz ähnlich wie die Unions- und SPD-Abgeordneten hätte auch „das Volk“ entschieden – zumindest laut ZDF-Politbarometer. Kurz vor der Bundestagsentscheidung hatten 63 Prozent der Befragten gesagt, sie seien für die Widerspruchslösung. Unter den Anhängern der Grünen äußerten sich so sogar 72 Prozent.

Viele Menschen, die nicht nur im Rahmen einer Debatte, sondern täglich mit Organspende und Transplantation zu tun haben, waren enttäuscht von diesem Ergebnis. Allen voran die Patientinnen und Patienten, die auf ein Spenderorgan warten: Zum 1. Januar waren das 8458. Im Durchschnitt sterben täglich drei der Gelisteten.

Auch die Ärzte, die Betroffene behandeln, hatten auf ein anderes Ergebnis gehofft. Zum Beispiel Bernhard Banas, Nephrologe und Transplantationsmediziner aus Regensburg. Er weist seit Jahren darauf hin, dass Patienten in Ländern wie Spanien und Österreich, beide mit Widerspruchslösung, viel schneller transplantiert werden als in Deutschland und dadurch deutlich besser versorgt sind. Oder Volkmann Falk, Ärztlicher Direktor des Deutschen Herzzentrums Berlin. Er sagte: „Die Widerspruchsregelung hätte den Menschen lediglich abverlangt, sich einmal mit dem Thema zu beschäftigen, eine persönliche Entscheidung zu treffen und diese auch mitzuteilen. Ich glaube, das wäre allen mündigen Bürgern zumutbar gewesen.“ Auch die Bundesärztekammer hatte sich für die Widerspruchslösung ausgesprochen.



16. Januar 2020, Plenarsaal, Reichstag, Berlin: Angela Merkel hatte sich im Vorfeld der Abstimmung für die Widerspruchslösung ausgesprochen. Es kam anders.

Foto dpa

# Erst waren sie enttäuscht, jetzt sind sie wütend

Am Dienstag tritt eine Gesetzesreform in Kraft, die zu mehr Spenderorganen führen soll. Die wichtigsten Instrumente dafür sind aber noch gar nicht fertig. Wieder einmal zeigt sich: Menschen, deren Organe versagen, haben in Deutschland keine Lobby.

Von Eva Schläfer

Mittlerweile ist die Enttäuschung der Wut gewichen. Das Onlineregister ist zum 1. März nicht verfügbar. Dabei wurde gerade das Register stets als zentrales Instrument beworben, das zu mehr Vertrauen in die Organspende führen werde. Eine Sprecherin des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) sagt, die Verzögerung liege an den Krankenhäusern. Denn das Register, das beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte angesiedelt ist, sieht auf der einen Seite ein Portal für die Abgabe von Erklärungen durch Bürgerinnen und Bürger und auf der anderen Seite ein Abrufportal vor, über das berechtigtes Krankenhauspersonal auf die hinterlegten Daten zugreifen kann. Hierzu müssten, so das BMG, in jedem Krankenhaus,

das Organe entnimmt, die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Dies sei für die Kliniken mit einem zusätzlichen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden, den sie neben den erheblichen pandemiebedingten Belastungen zu bewältigen hätten. „Um dem Rechnung zu tragen, soll das Register nicht vor Ende des Jahres 2022 in Betrieb genommen werden.“ Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft, weist diese Behauptung vehement von sich: „Die Darstellung, Krankenhäuser hätten den Zugriff auf das Abrufportal nicht entsprechend vorbereitet, ist schlicht nicht zutreffend. Die Verantwortung trägt die Politik.“

Unstrittig ist, dass die Politik die Verantwortung für eine weitere mangelhafte

Umsetzung des neuen Gesetzes trägt: Wer künftig einen Personalausweis oder Reisepass beantragt oder verlängert, wird im Passamt über Organspende informiert und kann seinen Willen vor Ort im Register eintragen. Davon abgesehen, dass das Register noch nicht fertig ist, konnten sich Bund und Länder bislang jedoch auch nicht darauf einigen, wer für die technische Anbindung der Ausweisstellen an das Register zuständig sein soll. Die Gespräche zwischen BMG sowie den Gesundheits- und Innenressorts der Länder laufen seit Monaten; eine Einigung ist nicht in Sicht.

Wenigstens die Hausärzte, die ihre Patienten ab sofort alle zwei Jahre auf ihre Einstellung zur Organspende ansprechen sollen, sind mit Informa-

tionsmaterial versorgt worden, wie der Deutsche Hausärzteverband bestätigt. Allerdings wurden den Allgemeinmedizinern gerade einmal fünf Minuten für das Aufklärungsgespräch eingeräumt, das sie mit 7,32 Euro abrechnen können. Ulrich Weigeldt, der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes, stellt in einem schriftlichen Statement fest: „Die Idee, dass man in fünf Minuten ein vernünftiges Aufklärungsgespräch zur Organspende führen kann, ist absurd. Zudem macht es sicherlich keinen Sinn, jede Patientin und jeden Patienten, die zum Beispiel wegen einer Grippe oder eines verstauchten Fußes in die Praxis kommt, mit einem Gespräch zur Organspende zu überfallen.“

Kann man es den Menschen auf der Warteliste verübeln, dass sie sich nicht ernst genommen fühlen? Die Grünen-Politikerin Kristin Kappert-Gonther, die sich neben Baerbock für die Beibehaltung der Entscheidungslösung einsetzte und die seit Kurzem stellvertretende Leiterin des Gesundheitsausschusses ist, antwortete schriftlich auf die Frage, was sie Patienten sage, die dringend auf ein Organ warten: „Es ist wichtig, dass Menschen auf der Warteliste wissen, dass die Reform in ihrem Sinne umgesetzt wird. Die Gesetze, die Bund und Länder hierzu gemeinsam beschlossen haben, müssen sie ohne weitere Verzögerungen umsetzen.“

Die Gegner der Widerspruchslösung berufen sich darauf, dass die schlechte Quote – in Spanien spenden 38 Menschen pro 1 Million Einwohner ihre Organe, in Deutschland sind es elf – nicht an der Spendenbereitschaft der Deutschen liege, sondern an mangelnden Strukturen in den Krankenhäusern, in denen potenzielle Spender nicht ausreichend identifiziert würden. Im April 2019 wurde daher das Transplantationsgesetz erweitert. Seitdem werden den Krankenhäusern die Kosten, die rund um eine Organspende entstehen, besser vergütet. Zugleich wurden die Krankenhäuser verpflichtet, ihrem Transplantationsbeauftragten, der für das Realisieren von Organspenden zuständig ist, mehr Zeit für diese Tätigkeit einzuräumen. Das geschieht immer noch nicht durchgehend, wie man von den Beauftragten selbst hört. Es liegt also auch an den Krankenhäusern, dass bald das vierte Jahr seit Inkrafttreten dieser letzten Reform anbricht, die Organspendezahlen aber weiterhin stagnieren. Und vielleicht ist ja auch etwas dran an der Aussage des Berliner Herzchirurgen Volkmann Falk, der bei einer Expertenanhörung im Gesundheitsausschuss festgestellt hatte, Strukturveränderungen in den Kliniken bräuchten nur Erfolg, wenn sie mit der Widerspruchslösung gekoppelt würden.

Die Leidtragenden sind die Menschen, die ein Organ benötigen. Für einen Aufschrei sind sie zu wenige, und es fehlt ihnen die Kraft. Was ihnen guttäte: die Solidarität der Gesellschaft. Regelmäßig sprechen sich in Umfragen um die 80 Prozent der Deutschen für Organspende aus. Doch nur die Hälfte hat nach eigenen Angaben den Wunsch tatsächlich festgehalten: in einem Organspendeausschuss, in der Patientenverfügung, im Gespräch mit der Familie. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation findet sogar nur bei etwa 16 Prozent der potenziellen Organspendern in den Kliniken eine entsprechende Festlegung vor.

Eine kleine Gruppe an Transplantierten und Wartenden prüft gerade die Möglichkeit einer Klage gegen den Staat, der aus ihrer Sicht nicht in der Lage ist, Gesetze zu verabschieden, die zu einer angemessenen Versorgung von Patienten mit Organversagen führen. Dass eine solche Versorgung möglich ist, zeigen viele europäische Länder, wie zum Beispiel Österreich oder Kroatien, die gemeinsam mit Deutschland zum Eurotransplant-Verbund gehören und deutlich bessere Spenderraten haben. Im Jahr 2021 gingen 404 Organe aus den sieben anderen ET-Ländern an deutsche Wartelistepatienten. Organe, die unter der Widerspruchsregelung gespendet wurden.

DER LANDARTZT



## DIE WELT AUS DEN FUGEN

VON DR. THOMAS ASSMANN

Liebe Leserinnen und Leser, vermutlich geht es Ihnen wie mir: Ich bin erschüttert, was gerade auf unserer Welt passiert, es macht mich traurig und ratlos.

Im Oberbergischen Kreis sind Anfang der Neunzigerjahre viele Russlanddeutsche eingewandert. Die allermeisten haben sich gut eingelebt und sind gut integriert, so mein Eindruck. In den Gesprächen, die ich mit einigen von ihnen in den vergangenen Jahren geführt habe, waren russische Politik oder gar Putin fast nie Thema. Es wurde mir immer wieder klar im Umgang mit diesen Patienten: Putin ist nicht Russland, und die Russen sind nicht (alle) Putin.

Doch als ich von den ersten russischen Truppenverschiebungen las, wurde ich misstrauisch, wie so viele. Ich sprach meine deutschrussischen Patienten darauf an. Einige von ihnen warnten: Man müsse Putin ernst nehmen.

Dass es jetzt wirklich so kommt, wie sie mir es angedeutet haben, hat mich trotzdem geschockt. Als ich in dieser Woche die Rede von Putin live sah, dachte ich, ich wäre in einem Alpträum: Russland in den Grenzen des zaristischen Reiches von 1917. Ich hatte den Eindruck, dass da ein Mensch in wahnhafter Verknüpfung der Gegenwart sich die Vergangenheit herbeiwünscht.

Ich finde, es ist spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen, an dem wir Deutschen uns von der Hypermoral verabschieden und uns auf das konzentrieren müssen, was zählt: Wir müssen solidarisch mit unseren Verbündeten und Freunden sein, wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden, statt uns davonzustehlen. Unsere Gesellschaft hat sich immer mehr zu einer Gesellschaft der Egoisten entwickelt. Schlagwort TEAM = „Toll, ein anderer macht's!“

Darüber hinaus bin ich sehr erschrocken, was diese Woche über unsere Bundeswehr bekannt geworden ist – die, in den Worten des Inspektors des Heeres, „mehr oder weniger blank“ dasteht. Die deutschen Streitkräfte sind, so scheint es, nicht mehr nur bedingt einsetzbar, sondern gar nicht mehr.

Aber Sie kennen mich: Trotz aller Dramatik in unserer Welt versuche ich, den Blick optimistisch nach vorne zu richten. Ich baue auf unsere Weltgemeinschaft und die vielen Menschen, die sich aktiv für Frieden und Solidarität einsetzen, die sich engagieren, damit unsere Welt nicht vollkommen aus den Fugen gerät.

Am Freitag übrigens hatte ich die ersten älteren Patienten in der Praxis, bei denen ich Züge eines posttraumatischen Syndroms feststellen musste. Der Kalte Krieg steckt vielen noch in den Knochen, und jetzt ist da noch mal eine ganz besondere Angst. Ich werde auf diese Patienten ein Auge haben in den kommenden Wochen.

Liebe Leserinnen und Leser, lassen Sie uns gemeinsam mutig und mit klarem Blick die kommende Woche gestalten.

Herzliche Grüße – Ihr Landarzt.

Dr. Thomas Assmann, 59 Jahre alt und Internist, hat eine Praxis im Bergischen Land. Er schreibt hier alle 14 Tage.

### LESERBRIEFE

#### Mehr Rheumatologen

LEBEN Zu „Die tägliche Angst vor dem Aufwachen“ von Paul Gäßler (9. Januar):

Mit Interesse lasen wir über „Die tägliche Angst vor dem Aufwachen“ von Paul Gäßler. Darin schildert der bedauerlicherweise an einer ankylosierenden Spondylitis erkrankte Autor eindrucksvoll seinen Umgang mit der Krankheit. Gleichzeitig birgt dieser Artikel jedoch Fehlinformationen, die Betroffene unnötig verunsichern könnten anstatt aufzuklären. Leider erweckt der Artikel den Eindruck, den Betroffenen sei nicht zu helfen – der Autor spricht gar von „hoffnungslosen Fällen“. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Spondyloarthritis sind heutzutage gut behandelbar, die Prognose ist sehr gut. Bei frühzeitiger Diagnose, Therapie und unter regelmäßiger rheumatologischer Begleitung leben die Patientinnen und Patienten oft einen „normalen“ Alltag, können zum Beispiel ihrer Arbeit nachgehen und Sport treiben. Die in dem Beitrag drastisch geschilderten schweren Krankheitsverläufe mit verkürzter Wirbelsäule, die operative Eingriffe erfordern, sind heutzutage ausgesprochen selten. Dies ist vor allem der sehr erfolgreichen rheumatologischen Forschung der vergangenen zwanzig Jahre zu verdanken. Die Therapie beruht in erster Linie darauf, die krankhafte Entzündung zu hem-

men. Dies gelingt mit sogenannten „Biologika“. Diese Medikamente kontrollieren oder stoppen sogar den Krankheitsprozess. Sie sind – entgegen der Behauptung im Artikel – in der Regel sehr gut verträglich, lindern die Schmerzen und erhalten die Funktion der betroffenen Gelenke der Wirbelsäule. Auf diese Weise ist den Patientinnen und Patienten also keinesfalls nur kurzfristig geholfen, wie der Autor schreibt. Gut eingestellte Patienten sind oft weitgehend beschwerdefrei. Die im Text wiederholte Erwähnung von Schmerzmitteln ist zudem irreführend. Gemeint sind wohl kortisonfreie Entzündungshemmer, die über eine reine Schmerzlinderung hinaus sinnvoll in den

Krankheitsprozess eingreifen und keineswegs zu einer Abhängigkeit führen. Abschließend möchten wir Herrn Gäßler in einer Sache ausdrücklich zustimmen: Wir brauchen mehr Rheumatologinnen und Rheumatologen, die die chronisch Kranken kompetent und umfassend behandeln, und das nicht selten ein Leben lang. Denn wie viele andere entzündlich-rheumatische Erkrankungen sind auch die Spondyloarthritis trotz großer Fortschritte bislang noch nicht heilbar. Um dies eines Tages zu erreichen, bedarf es weiterer intensiver Forschung. Dafür setzt sich die Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie ein. Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie e.V. DGRb, Berlin

#### Irrationale Aktivisten

POLITIK Zu „Je mehr Angst, umso besser“ von Justus Bender (20. Februar):

Ich stimme der Auffassung zu, dass dem Klimawandel durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden muss. Um das zu beschleunigen, bedarf es sicherlich auch eines gewissen Drucks seitens der Bevölkerung. Trotzdem stellen sich mir einige Fragen: Wie kann eine Mutter ihrer 12 Jahre alten Tochter erlauben, auf einer Autobahnauffahrt der A 100 zu sitzen? Haben die Klimaaktivisten eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, dass sie mit solchen Aktionen andere Menschen an der Ausübung ihrer beruflichen Pflichten hin-

dern, diese zu spät an den Arbeitsplatz kommen und ihnen womöglich die fehlenden Stunden vom Gehalt abgezogen werden? Haben sie überlegt, was sie machen, wenn ein Krankenwagen mit einem erkrankten Menschen in die Notaufnahme muss und deshalb an dieser blockierten Auffahrt auf die Autobahn auffahren muss? Und haben die Klimaaktivisten bedacht, was in einigen Fällen ein schnelleres Handeln bedeuten könnte? Man kann nicht von heute auf morgen Kohlekraftwerke abschalten, ohne in ausreichender Anzahl über Instrumente zur stabilen Energieversorgung zu verfügen. Vermutlich sind die Klimaaktivisten keiner vernünftigen Argumentation mehr zugänglich. Sie sehen offensichtlich

nur noch dieses eine Thema. Andere Problematiken, die sich in der Welt stellen und jeden betreffen, blenden sie aus. In unserer digitalisierten und globalisierten Welt muss aber jede einzelne verändernde Maßnahme bis zu ihrem Ende durchdacht werden.

Angelika Schäfers, Münster

Leserbriefredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 60267 Frankfurt/Main, E-Mail-Adresse:

sonntagszeitung.leserbriefe@faz.de

Um möglichst viele Leserbriefveröffentlichungen zu können, sind wir leider häufig gezwungen, sie zu kürzen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.